



- Muss beim Zweitjob der Chef gefragt werden?
- Steuerliche Hilfen bei Hochwasserschäden
- Ende der Dynamopflicht



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 7. August 2013 68. Jahrgang/Nr. 182 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT
Mollath, Merk und Macht

Von Markus Drescher

Gustl Mollath ist frei. Alle freuen sich. Sogar der »Rechtsstaat« wurde von der Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg angeblich wiederhergestellt. Super, dann ist ja alles wieder in Ordnung.

Für die CSU ist es das vorerst auch. Justizministerin Beate Merk kann sich knapp sechs Wochen vor der Landtagswahl hinstellen und die Mollath-Befreierin spielen. Ministerpräsident Horst Seehofer kann sein Hohelied des allerallerbesten Bundeslandes von juristischen Misstönen bereinigt weiterträllern – und sich auf das äußerst schwach ausgeprägte politische Gedächtnis und die unverbrüchliche Treue der bayerischen Wähler zur Staatspartei verlassen.

Beide müssen auch nicht befürchten, dass der neue Prozess noch vor der Wahl gerichtsfeste Schweinereien ans Licht bringt. Trotz der nun schnellen Entscheidung aus Nürnberg, die Mühlen der Justiz mahlen für gewöhnlich langsam. Und hätten es im Fall Mollath gar nicht getan, wäre es nach Merk gegangen. Erst der unermüdliche Einsatz von Mollaths Unterstützern und der Druck, den sie aufgebaut haben, bewegten Ministerin und schließlich Justiz.

Gustl Mollath selbst muss jetzt nach dem siebenjährigen Kampf gegen das Urteil, den er zwangsweise untergebracht in der Psychiatrie geführt hat, gleich in einen neuen ziehen. Er muss die Richter im neuen Prozess davon überzeugen, dass er zu Unrecht verurteilt wurde. Diesen Kampf kann er zwar nun in Freiheit führen – jedoch im gleichen bayerischen Justizsystem.

Unten links

Mit dem äußerst sympathischen Slogan »Teilen ist das neue Haben« wirbt die Piratenpartei auf Plakaten um Stimmen. Zumindest in dicht besiedelten Innenstadtebenen scheint das Wählerpotenzial der Freibeuter hoch zu sein. Hier wird die Botschaft bereits massenhaft in die Tat umgesetzt: Den Computermonitor, der sich eben noch in Privateigentum befand, stellt der piratenfreundliche Ex-Eigentümer einfach auf den Gehsteig, um ihn mit Bedürftigen zu teilen. Ebenso den Drucker, das TV-Gerät, den Wohnzimmertisch, die Schrankwand, das Auto. Da die künftigen Nutznießer dieser neuen Teilkultur das Prinzip noch nicht verstanden haben, sieht es derzeit in einigen Straßenzügen zwar aus wie auf dem Sperrmüllhof, aber das wird sich sicher bald ändern. Bei Büchern funktioniert das Sharing-Modell offenbar schon ganz gut. Das zerfledderte Exemplar, das gestern Abend auf einem Stapel vor der Haustür lag, war heute Morgen jedenfalls weg – Erich Fromms »Haben oder Sein«. mha

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Wahn und Willkür beendet

Oberlandesgericht Nürnberg ordnet Freilassung von Gustl Mollath an



Berlin (nd). Die Presse wartete schon, als der prominente Patient der Psychiatrie in Bayreuth das Krankenhaus verließ. Im Eiltempo hatte das Oberlandesgericht Nürnberg (OLG) am Dienstag die Freilassung Gustl Mollaths und die Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen ihn angeordnet.

Wenige Wochen vor der Landtagswahl in Bayern begrüßen dies Regierungskoalition und Opposition gleichermaßen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), der in den vergangenen Monaten wiederholt mehr Tempo von den zu-

ständigen Gerichten gefordert hatte, sagte, er sei zufrieden, dass die Justiz nunmehr sehr zeitnah entschieden habe. Doch zugleich erneuerten SPD und Grüne die Kritik am Vorgehen von Justizministerin Beate Merk (CSU). Sie habe zu spät die Brisanz des Falles erkannt, hieß es. SPD-Spitzenkandidat Christian Ude erklärte, ein Alptraum werde beendet, der das Ansehen der Justiz beschädigt und viel Misstrauen geschaffen habe. Dass ausgerechnet die Ministerin sich jetzt als Freiheitskämpferin für Mollath präsentieren wolle, sei »die verwe-

genste Geschichtsklitterung der letzten Jahre«. Vize-Ministerpräsident Martin Zeil (FDP) betonte dagegen, die OLG-Entscheidung zeige, »dass unser Rechtsstaat funktioniert«.

Mollath selbst fühlte sich von der Entscheidung überfahren, wie sein Anwalt Gerd Strate verkündete. Seit sieben Jahren kämpfte er für seine Entlassung aus dem Bezirkskrankenhaus Bayreuth. Dort saß er ein, weil er an einer wahnhaften Störung leiden soll. Seite 2

Foto: dpa/David Ebener

Roma-Mörder ohne Reue

Budapester Gericht verhängte dreimal lebenslänglich gegen Rassisten

Von Hanna Ongjerth, Budapest

Am Dienstag wurden die drei Hauptangeklagten im Fall einer Serie von Morden an Roma in den Jahren 2008 und 2009 nach zweieinhalbjährigem Prozess zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Árpád Kiss, István Kiss und Zsolt Pető verfolgten die Urteilsverkündung mit starren Blicken. Sie hatten behauptet, sie hätten niemanden töten wollen, ihr Ziel sei lediglich gewesen, die Bewohner von Roma-Dörfern einzuschüchtern. Am Dienstag wurden sie wegen gemeinschaftlichen Mordes aus niederen Motiven zu lebenslangen Haft verurteilt. Einem vierten Angeklagten sprach das Gericht 13 Jahre Haft zu. Die erstinstanzliche Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Im Jahre 2007 hatten sich

in Ungarn Konflikte mit Roma durch die gewalttätigen Auftritte der paramilitärischen »Magyar Gárda« (Ungarische Garde) zugespitzt. Die rechts-extreme Vereinigung hatte sich die »Selbstverteidigung der Nation« auf die Fahne geschrieben, da sie aber keine »befriedigende Lösung der Roma-Problematik« angeboten habe, beschlossen die Angeklagten, sich Waffen zu besorgen und zur Tat zu schreiten. Ihre Anschlagsserie begann im Sommer 2008, als binnen zwei Monaten drei von Roma bewohnte Häuser mit Molotowcocktails und Waffen überfallen wurden. Die ersten Morde wurden am 3. November 2008 im nord-ungarischen Nagycséc begonnen. In der Nacht setzten die Täter das Haus einer dreiköpfigen Roma-Familie in Brand. Als die aus dem Schlaf ge-

schreckten Anwohner fliehen wollten, wurden zwei von ihnen erschossen. Die nächste Mordtat im Februar 2009 in Tatárszentgyörgy verlief nach gleichem Muster: Die Verbrecher warfen einen Brandsatz ins Haus einer Roma-Familie und ermordeten einen fünfjährigen Jungen und dessen Vater auf der Flucht. Die Angehörigen der Opfer riefen vergeblich um Hilfe, der Rettungsdienst kam erst nach anderthalb Stunden, die Polizei erklärte das Geschehene trotz der Schusswunden und der Reste des Brandsatzes zu einem Unfall. Ermittlungen wurden erst am nächsten Tag aufgenommen. Dem Mord in Tatárszentgyörgy folgten zwei weitere Fälle, bei denen zwei Menschen ums Leben kamen. Die mutmaßlichen Täter wurden vor vier Jahren verhaftet.

Trotz zweieinhalbjährigen Prozesses bleiben Fragen offen, wie das größte ungarische Nachrichtenportal Index.hu erläutert. Bis heute ist ungeklärt, unter welchen Umständen die Verbrecher sich Waffen besorgt haben und wer mit ihnen zusammengearbeitet hat. Obwohl die »Ungarische Garde« vor fünf Jahren verboten wurde, kommt es in Gemeinden mit hohem Roma-Anteil immer wieder zu rechtsextremen Aufmärschen. Was die Integration der Roma betrifft, lassen wirksame Lösungsvorschläge der Regierung auf sich warten. Darauf wies auch László Helmecczy, der Rechtsvertreter eines der Ermordeten hin, als er am Ende seiner Erklärung die Frage stellte: »Wie sollen Bürger in Ungarn glauben, dass ihre Sicherheit tatsächlich garantiert ist?« Kommentar Seite 4

Kaum neue Sozialwohnungen

Vorwurf an Länder: Zuschüsse werden zweckentfremdet

Berlin (nd-Otto). Die Rüge kommt in Intervallen. Alle paar Monate klagt das Bundesbauministerium darüber, dass nicht alle Länder die vorgesehenen Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau abrufen würden. Die ostdeutschen Bundesländer samt Berlin sowie Bremen und Saarland hätten in den Jahren 2009, 2010 und 2011 kaum geförderte Sozialwohnungen geschaffen, wie es in einem Papier des Ministeriums heißt, über das die »Rheinische Post« berichtet. Neuer Wohnraum für Sozial-schwache entstehe immer seltener: 2009 waren es dem Ministerium zufolge noch 23 600 Wohnungen, 2011 nur noch 19 300.

Der Bund überweist den Ländern für den sozialen Wohnungsbau jährlich 518 Millionen Euro. Häufig würden mit dem Geld jedoch keine Wohnungen geschaffen, sondern die Länder zahlten Altverpflichtungen aus dem Wohnungsbau, bemängelt der Bund.

Das Potsdamer Infrastrukturministerium widersprach der Darstellung, dass in Brandenburg Mittel zweckentfremdet werden. »30 Millionen Euro bekommt das Land Brandenburg jährlich vom Bund. Wir verbessern damit die Wohnungssituation der Mieter«, sagte Sprecher Lothar Wiegand. Häuser werden saniert und vor allem Aufzüge eingebaut, um barrierefreies Wohnen zu ermöglichen. In den Neubau von Sozialwohnungen fließe tatsächlich nur wenig Geld, bestätigte Wiegand. Das liege aber daran, dass es in Brandenburg kaum Mangel an Wohnungen gebe, sondern stattdessen ein Leerstandsproblem.

Bauminister Peter Ramsauer (CSU) fordert seit langem, den Wohnungsbau zu intensivieren. Ziel seien 250 000 Wohnungen, sagte er. Im vergangenen Jahr seien es wieder mehr als 200 000 gewesen. Ramsauer will dafür wieder die Eigenheimzulage nach der Wahl aufliegen. Einen anderen Ansatz hat die LINKE. Caren Lay, Mitglied im Spitzenteam der Partei zur Bundestagswahl, spricht sich dafür aus, vor allem Wohnraum für Ärmere zu schaffen. »Wir brauchen mindestens 150 000 neue Sozialwohnungen.« Höchste Zeit sei es zudem für eine effektive Mietpreisbremse. Seite 9

KURZ

Unterschriften für Petition

Berlin (epd). Rund 70 000 Unterstützer haben eine Petition freischaffender Künstler zum Schutz der Künstlersozialkasse unterzeichnet. Ziel der Petition ist ein Gesetz, das die regelmäßige Prüfung der Unternehmen und Institutionen vorsieht, die Künstler buchen und daher eine Abgabe für deren Leistungen zahlen müssen. Da die Petition bereits die Mindestanzahl von 50 000 Unterstützern überschritten hat, wird sich der Petitionsausschuss mit dem Anliegen befassen.

US-Drohne tötet vier Männer

Kairo/Sanaa (dpa). Eine US-Drohne hat in Zentral-Jemen vier mutmaßliche Extremisten mit Verbindung zum Terrornetz Al-Kaida getötet. Die von dem Flugkörper abgeschossene Rakete traf das Fahrzeug der vier Männer in der Provinz Marib, berichtete das jemenitische Webportal »Mareb Press« am Dienstag.

Mais für Nordkorea

Seoul (AFP). Die UNO hat mit der Verteilung von Lebensmitteln an Überschwemmungsopfer in Nordkorea begonnen. Mit den insgesamt 460 Tonnen Mais soll auf die dringenden Bedürfnisse von rund 38 000 Menschen reagiert werden, hieß es am Dienstag.

Erste Homo-Ehe in Uruguay

Buenos Aires (epd). In Uruguay ist erstmals ein homosexuelles Paar getraut worden. Kurz nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Homo-Ehe am Montag gaben sich die Männer das Ja-Wort, wie örtliche Medien berichteten.